Maren Richter

Leben im Ausnahmezustand

Terrorismus und Personenschutz in der Bundesrepublik Deutschland (1970 – 1993)

Campus Verlag 2014; Frankfurt a. M./New York; 368 S.; 34,90 €; ISBN 978-3-593-50085-0

Das vorliegende Werk wurde unter dem Titel „Staatliche Elite unter Schutz. Terrorismus, moderner Personenschutz und die bedrohte Sicherheit 1970 bis 1993 in der Bundesrepublik Deutschland“ von der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation angenommen. Dass die Autorin nunmehr den Titel „Leben im Ausnahmezustand“ gewählt hat, mag zwei Gründe haben: Zum einen ist der Titel einem breiteren, über ihr Fach hinausgehenden Publikum zugänglich. Zum anderen will Richter auf hohem Niveau unterhalten.

So bietet das Buch zunächst einen Überblick über die Entwicklung und Arbeitsweise des Personenschutzes, der während des Linksterrorismus der 1970er und 1980er Jahre vor bis dahin unbekannten Herausforderungen beim Schutz hochrangiger Vertreter aus Politik, Justiz und Wirtschaft stand. Im Mittelpunkt der Studie steht aber nicht wie so oft in der Terrorismusforschung der Täter, sondern das (potentielle) Opfer, also die Schutzperson selbst. Besondere Beachtung findet dabei die Frage, welchen Einfluss der Personenschutz auf das öffentliche und private Leben der Schutzperson hatte. Neben einer Vielzahl an Akten des Bundeskriminalamts (BKA) wertet Richter vor allem von ihr durchgeführte Interviews mit 20 herausgehobenen Persönlichkeiten aus, die seinerzeit unter Personenschutz standen. Statt vieler seien an dieser Stelle nur Helmut Schmidt, Gerhart Baum, Hans-Jochen Vogel, Roman Herzog oder Hans-Ludwig Zachert genannt.

Richter befasst sich im ersten Kapitel mit der historischen Entwicklung sowie den Zielen des Personenschutzes, wobei sie auf einen unauflösbaren Interessenkonflikt zwischen größtmöglicher Freiheit und absoluter Sicherheit der Schutzperson hinweist. Im Folgenden erläutert sie die Arbeitsweise des Personenschutzes, die praktische Einordnung von Schutzpersonen in Gefährdungsstufen sowie die damit einhergehenden Schutzmaßnahmen.

Im zweiten Kapitel stellt Richter dar, wie sich der Personenschutz in der Zeit von 1972 bis 1993 parallel zum Linksterrorismus zyklisch weiterentwickelte. Aktive und passive Phasen wechselten dabei einander ab. Einer schnellen, kurzfristigen Ausdehnung des Schutzkreises folgten wiederum Versuche, die Schutzmaßnahmen zurückzufahren. Dieser Zyklus sei erst in den 1980er Jahren dadurch unterbrochen worden, dass das Personenschutzkonzept auch qualitativ überarbeitet worden sei. Bemerkenswert sind insoweit die von Richter zitierten gemäßigten Äußerungen des damaligen Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble, der nach dem

misslungenen Attentat auf seinen Staatssekretär Hans Neusel im Jahr 1990 vor ‚blindem Aktionismus' gewarnt und eine Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen abgelehnt habe. Schäuble habe sich wie folgt geäußert: „Wir sind ein freiheitlicher Rechtsstaat mit einem geringstmöglichen Maß an Kontrollen. Das lassen wir uns von ein paar verrückten Verbrechern nicht kaputtbomben." Im Ergebnis sei der absolute Schutz damit endgültig aufgegeben worden.

Im dritten Kapitel befasst sich Richter sodann mit Personenschutz im Spannungsfeld zwischen Emotion und Statussymbol. Nachdem ab dem Jahr 1986 auch Beamte aus der „zweiten Reihe" des Bonner Politikapparates ins Visier der Terroristen geraten waren, habe ein regelrechtes Klima der Angst geherrscht. In diesem Klima – Kriminalitätsfurcht verzerrt oft das Bild vom Ausmaß der Kriminalität – sei häufig das tatsächliche Bedrohungspotenzial der RAF überschätzt worden. Personenschutz sei aber auch als Statussymbol gehandelt worden. So sei der Personenschutz nach Hans - Ludwig Zachert, Präsident des BKA a. D., wie eine schmückende Attitüde gewesen. Wenn ein Konvoi vorgefahren sei und die Türen von Sicherheitspersonen aufgerissen worden seien, habe das eben Eindruck gemacht.

Die Kapitel vier bis sechs befassen sich schließlich mit dem Kern der Studie, nämlich dem Einfluss des Personenschutzes auf das öffentliche und das private Leben der Schutzpersonen sowie das ihrer Angehörigen. Der Einfluss wird unter anderem auf der Grundlage ausgewählter narrativer Interviews dargestellt. Dabei wird nicht nur die Frage des Eingriffs des Personenschutzes in das Privatleben beleuchtet, sondern auch der Umgang mit der persönlichen Gefährdung, der ganz erheblich mit der eigenen Biografie sowie der gesellschaftlichen Erwartungshaltung zusammenhing.

Der Umstand, dass die Personenschützer immer ‚an einem dran' waren, werde als ‚extrem lästig' erinnert. Außerhalb der Wohnung sei man nicht mehr allein gewesen. Der unmittelbar körperliche und damit individuelle Raum der Schutzperson sei durch ständiges Begleiten bis hin zum Toilettengang betroffen gewesen. Für Spontaneität sei kaum Raum gewesen. Der Kontakt zu Nachbarn, Freunden und Bekannten sei erschwert worden. Häufig habe sich das soziale Umfeld abgewandt – unter anderem aus Furcht, selber in das Visier der Attentäter zu geraten. Eine entspannte, normal-familiäre Situation habe nicht bestanden. Dieser für die Beteiligten unbefriedigenden Situation sei bisweilen mit Ironie begegnet worden. Burckhard Hirsch, seinerzeit Innenminister des Landes NRW, pflegte laut Richter scherzhaft zu sagen: „Will man sich wieder frei bewegen, fahren wir nach Ungarn." Die Begleitung durch deutsche Personenschützer war in den Ostblockländern nämlich nicht gestattet. Stress oder Unsicherheit seien zudem meist durch Verdrängung, Verleugnung und Rationalisierung verarbeitet worden, sodass nach außen hin Haltung habe bewahrt werden können.

Sind die Ergebnisse der Studie auch zu einem gewissen Grad erwartbar, so erzeugen sie doch auf Grund ihrer Authentizität und Unmittelbarkeit ein zumeist beklemmendes Bild von den Lebensumständen der Betroffenen. Vor allem aber zeigt die Studie, dass es eine absolute Sicherheit allen Vorkehrungen zum Trotz nicht gibt. Vielmehr hat die vermeintliche Sicherheit nicht nur einen hohen materiellen, sondern auch einen hohen ideellen Preis, der in nichts Geringerem als dem weitgehenden Verlust der persönlichen Freiheit besteht.

Jörn Olhöft, September 2014